

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd),
Pfeffermann, Weirich, Neuhaus, Lintner, Linsmeier, Bühler (Bruchsal), Dr. Jobst,
Maaß, Milz, Niegel, Dr. von Wartenberg, Schwarz, Dr. Götz, Regenspurger, Weiß,
Sauter (Ichenhausen), Dr. Laufs, Frau Geiger, Susset, Dörflinger, Dr. Hornhues,
Horstmeier, Dr. Olderog, Clemens, Keller, Löher, Werner, Hinsken,
Dr. Waffenschmidt, Lenzer, Nelle, Jung (Lörrach), Dr. Sprung, Sauer (Stuttgart),
Würzbach, Dr. Jenninger und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/1453 —

Behinderungen beim Telefonieren

*Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen – 900 – 1 B
1114 – 9/2 – hat mit Schreiben vom 29. März 1982 die Kleine
Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

Behinderungen beim Telefonieren durch Verkehrsspitzen von einer viertel oder halben Stunde Dauer, auch wenn sie täglich oder wöchentlich vorkommen, oder extrem hohe Belastungen, die nur einmal im Jahr vorkommen (Silvesternacht), als Grundlage für die Netzdimensionierung zu nehmen, ist wirtschaftlich unververtretbar. Echte Engpässe der Netzkapazität verfolgt die Deutsche Bundespost mit Nachdruck.

Seit der Entscheidung im Frühjahr 1977, für die verbilligten Tarife zu investieren, hat die Deutsche Bundespost große Anstrengungen unternommen, den Verkehrsbedarf dafür rechtzeitig zu decken und sich abzeichnende Engpässe zu vermeiden.

Wegen der notwendigen Vorlaufzeit für Planung, industrielle Fertigung, Bauausführung und Beschaltung konnten diese Investitionen jedoch erst Ende 1981 wirksam werden.

Außerdem sind Ausbaustörungen, d.h. Verzögerungen bei der Bereitstellung von

- Planungen,
- Lieferungen der technischen Einrichtungen,
- Montageleistungen,

- Gebäuden und
- Grundstücken

nicht immer zu vermeiden.

Die Deutsche Bundespost bemüht sich aber weiter, unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Fernmeldeindustrie und im eigenen Bereich die erforderliche Verkehrskapazität bereitzustellen.

1. In welchen Bezirken ist das Telefonieren zu welchen Zeiten durch Überlastungen der Fernmeldeeinrichtungen behindert?

Das Telefonnetz der Deutschen Bundespost ist ein vielfältig vermaschtes Gebilde aus Netzknoten (Vermittlungstechnik) und den dazwischen liegenden Übertragungswegen.

Bei der fast unendlichen Vielfalt der verschiedenen Muster von Knoten und Übertragungswegen, auf denen ein Gespräch von einem beliebigen Ursprung zu einem beliebigen Ziel abgewickelt werden kann, ist es unmöglich, genau anzugeben, welche Verkehrsbeziehungen bei welchen Ausbaustörungen betroffen sind. Aus den entsprechenden Informationssystemen liegen natürlich Daten über den Ausbaustand der einzelnen Netzknoten und Übertragungswege vor. Dabei wird das erreichte Ist mit dem geplanten Soll verglichen. Daraus lassen sich Hinweise auf die Schwerpunkte etwaiger Verkehrsbehinderungen ableiten.

Schwerpunkte im Fernnetz sind Stuttgart, München und Hamburg. Betroffen sein können Gesprächsverbindungen, deren Ursprung oder Ziel in diesen Bereichen liegt oder die im Transit über die dortigen Netzknoten geführt werden. Zu den Zeitpunkten der Überlastung wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Da die ursächlichen Ausbaustörungen sehr unterschiedlich verteilt sind, kann es vorkommen, daß verschiedene Anschlußbereiche ein und desselben Ortsnetzes unterschiedlich gut Zugang zum Fernnetz finden oder daß von einem bestimmten Ortsnetz aus – abhängig von den Verkehrsverhältnissen im Zielbereich oder unterwegs – in verschiedenen Richtungen eine stark unterschiedliche Verkehrsgüte angetroffen wird.

2. Seit wann sind der Bundesregierung die zunehmenden Behinderungen bekannt?

Bereits bei Einführung des Billigtarifs im April 1980 war bekannt, daß die Verkehrsverlagerungen auf den Billigtarifzeitraum einen verstärkten Netzausbau erfordern. Schon in ihrem Bericht vom 2. Juni 1981 hat die Bundesregierung auf die hierbei möglichen Übergangsprobleme und Risiken hingewiesen. Seit Herbst 1981 ist bekannt, daß Ende 1981 das geplante Soll an Fernleitungen voraussichtlich nicht erreicht werden würde.

3. Trifft es zu, daß sich die Netzblockaden durch die Einführung des sog. Billigtarifs nur von ehemals 22.00 bis 22.30 Uhr auf die Zeit zwischen 18.00 und 20.00 Uhr vorverlagert haben?

Von allgemeinen Netzblockaden im Billigtarif kann nicht die Rede sein. Wie in der Antwort zur Frage 1 erläutert, sind von den vorhandenen Ausbaustörungen nur bestimmte Verkehrsbeziehungen betroffen. In anderen Verkehrsbeziehungen fließt der Verkehr reibungslos ab.

Nach der Einführung des Billigtarifs sind die erwarteten Verkehrsänderungen, wie im Bericht der Bundesregierung vom 2. Juni 1981 dargelegt wurde, eingetreten: Werktags ist die 22-Uhr-Spitze des vormaligen Mondscheintarifs verschwunden; zwischen 18.00 und 20.00 Uhr hat sich eine neue Hauptverkehrszeit herausgebildet, in der bei bestimmten Verkehrsbeziehungen Überlastungen auftreten. Die Spitzenbelastung zwischen 18.00 und 20.00 Uhr ist allerdings niedriger als die damalige Mondscheintarif-Spitzenbelastung um 22.00 Uhr. Es wird jedoch signifikant mehr Verkehr im Billigtarif abgewickelt als seinerzeit im Nachttarif I und im Mondscheintarif zusammen.

Die Verkehrsverlagerung von der Zeit nach 22.00 Uhr auf die Zeit zwischen 18.00 und 20.00 Uhr war erwünscht und beabsichtigt, weil eine Abdeckung der kurzen, hohen Spitze des Verkehrsbedarfs nach 22.00 Uhr oder auch in einer modifizierten Form des Mondscheintarifs durch Netzausbau praktisch unmöglich gewesen wäre. Dagegen ist die breitere und flachere Hauptverkehrszeit im heutigen Billigtarif beherrschbar: Aufgrund der stabilisierten Verkehrsnachfrage ist nunmehr ein regel- und bedarfsgerechter Netzausbau möglich.

4. Trifft es zu, daß die Netzblockaden in erster Linie auf Versäumnisse beim Netzausbau in den Jahren ab 1976, aber auch auf die Folgen der Fehlplanungen beim elektronischen Wählsystem (EWS) zurückzuführen sind, und welches sind ggf. die weiteren Ursachen?

Der notwendige Netzausbau ist in allen Jahren planmäßig durchgeführt worden. Erstmals im Jahr 1981 sind wegen der großen Nachfrage nach Fernmeldedienstleistungen bzw. des großen Erweiterungsvolumens Ausbauverzögerungen aufgetreten.

Die Entscheidung, EWSF aufgrund neuer technologischer Entwicklungen nicht einzusetzen, hat wegen der daraus resultierenden Umplanungen an einigen Orten zu zusätzlichen Ausbauverzögerungen geführt.

5. Sind die Behinderungen auf fehlende Leitungen oder/und fehlende Vermittlungseinrichtungen zurückzuführen, und wenn ja, wie hoch sind die jeweiligen Fehlbestände?

Am 31. Dezember 1981 fehlten im Vergleich zum ausgewiesenen Leitungsbedarf 14 883 Fernleitungen, das sind bezogen auf den Soll-Bestand 3,8 v. H.

Bei der Bereitstellung von Grundstücken und Gebäuden zur Aufnahme des zusätzlichen Bedarfs an technischen Einrichtungen, die Voraussetzung für Netzerweiterungen sind, ist die Deutsche Bundespost sehr häufig fremdbestimmt und dabei insbesondere auf die Gemeinden und Gebietskörperschaften (Grunderwerb, Genehmigungsverfahren) angewiesen.

6. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen bzw. trifft sie noch, um die Behinderungen beim Telefonieren zu beseitigen?

Zur Erweiterung des SWF-Netzkapazität hat die Deutsche Bundespost folgende Maßnahmen beschlossen:

- 1978: Vorziehen von Investitionen in Höhe eines Jahresbedarfs und ein Sonderprogramm zur Verbesserung der Überlastungsfestigkeit der Netze,
- 1978: Vorziehen eines Jahresbedarfs-Sonderprogramms,
- 1979: Netzausbau für Billigtarif und neue Dienste unter Berücksichtigung von Prognoseunsicherheiten.

Zur Realisierung dieser Maßnahmen sind die Investitionen für das Fernnetz von 1030 Mio. DM im Jahre 1977 auf 3347 Mio. DM im Jahre 1982 gesteigert worden. Zwischen 1981 und 1985 werden in das Fernnetz 15,4 Mrd. DM investiert; das sind über 3 Mrd. DM pro Jahr. Dabei wird die Industriekapazität voll ausgeschöpft. Die Fernmeldeindustrie hat außerdem zugesagt, daß noch zusätzlich vermittlungstechnische Einrichtungen geliefert werden können, und zwar im Jahr 1982 für rd. 50 Mio. DM und im Jahr 1983 für rd. 100 Mio. DM. Diese zusätzlichen Liefervolumina werden für Verbesserungen im regionalen Bereich, insbesondere für Nahverkehrsbeziehungen eingesetzt.

All diese Anstrengungen der Deutschen Bundespost ergeben folgende Leitungszuwächse:

- Zwischen 1976 und 1980 sind 16200 Fernleitungen/Jahr geschaltet worden,
- zwischen 1981 und 1983 beträgt der Sollzuwachs im Mittel 65000 Fernleitungen/Jahr und
- 1984 bis 1987 sollen jeweils knapp 40000 Fernleitungen/Jahr hinzukommen.

7. Bis zu welchem Zeitpunkt hofft die Bundesregierung, die Behinderungen beim Telefonieren in welchen Bezirken abbauen zu können?

Was die heute bekannten speziellen Ausbauverzögerungen betrifft, so werden die Fernvermittlungsstellen Stuttgart und Hamburg im Laufe dieses Jahres in Betrieb genommen. Im Falle München zieht sich die Vollendung der Bauvorhaben bis 1983 hin. Durch Teilinbetriebnahmen werden die technischen Einrichtungen zum jeweils frühestmöglichen Zeitpunkt dem Verkehr übergeben.

Bis zum Jahr 1984 ist allerdings mit weiteren, allgemeinen Ausba verzögerungen zu rechnen. Nach der derzeitigen Bestandsprognose im Fernnetz wird der Leitungsfehlbestand 1985 gänzlich abgebaut sein. Darüber hinaus wird 1985 ein erster Schritt (13 000 Leitungen) zur Realisierung von zusätzlicher Verkehrskapazität zur Verbesserung der Überlastungsfestigkeit des Fernnetzes getan sein. Insgesamt ist für diesen Zweck der Aufbau von 50 000 Leitungen vorgesehen. Ganz allgemein ist festzustellen, daß es außerordentlich schwierig ist, für ein „Sonderangebot“ Billigtarif, das nur ein Drittel des Normaltarifs kostet (Entfernung > 100 km) kurzfristig immer die erforderlichen technischen Kapazitäten bereitzuhalten. Jede technische Verbesserung erbringt automatisch auch eine Erhöhung der Nachfrage.

8. Sind der Deutschen Bundespost Klagen über die zunehmende Zahl von Fehlverbindungen bekannt, und wenn ja, welches sind die Ursachen und wie und bis wann sollen diese beseitigt werden?

Nein.

Es gibt in den statistischen Unterlagen der Deutschen Bundespost keinen Hinweis auf technisch bedingte Gründe für eine erhöhte Zahl von Falschverbindungen trotz richtiger Wahl. Die Zahl der Falschverbindungen trotz richtiger Wahl ist in den letzten drei Jahren sogar gefallen.

